

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 23

Artikel: Koexistenz 1970 2. Neutralismus und Entspannung zwischen Ost und West : Wunschtraum oder Realität?
Autor: Geyer, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095600>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz 1970

2

Neutralismus und Entspannung zwischen Ost und West – Wunschtraum oder Realität?

Von Rolf Geyer

Das Thema fordert, dass wir das Ost-West-Verhältnis daraufhin untersuchen, wie es sich in der noch überschaubaren Zukunft wohl entwickeln könne. Bleibt dieses Verhältnis bis auf weiteres ein Spannungsverhältnis? Kann es sich zu einem friedlichen Miteinander entwickeln? Wie sind die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung? Schliesslich: Gibt es Möglichkeiten für Europa oder einen der europäischen Staaten, sich aus diesem gegenwärtigen Konfliktverhältnis herauszulösen oder herauszuhalten, also «neutral» zu werden oder zu bleiben? Wie sind die Bedingungen hierfür? Oder «Wie können diese Bedingungen geschaffen werden?».

Hieraus folgt die Frage, ob psychopolitische Einstellungen der Völker zu den Fragenkomplexen der Entspannung und der Neutralität vorhanden sind, die möglicherweise eine entsprechende Reaktion der Regierungen veranlassen könnten.

Es soll hier versucht werden, eine grundlegende allgemeine Antwort auf diese Fragen zu finden. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss man die im Thema enthaltenen Begriffe «Ost-West-Verhältnis», «Entspannung» und «Neutralismus» definieren oder sie wenigstens ihren Inhalten nach eingrenzen.

Wir verstehen unter «Ost-West-Verhältnis» die alle Lebensgebiete umfassende Konfrontation zwischen atlantischer Gemeinschaft und dem Kommunismus sowjetischer Prägung, der sich im Warschauer Pakt sowie in den nichtregierenden kommunistischen Parteien Westeuropas manifestiert.

Die anderen Spielarten des Kommunismus, insbesondere diejenige Pekings, klammern wir bewusst aus, um das Thema nicht zusätzlich zu komplizieren. Der «geographische» Untersuchungsbereich wiederum wird Europa sein. Wir wissen selbstverständlich, dass die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion weltweit ist, mithin die Grenzen Europas überschreitet. Wir sind aber andererseits davon überzeugt, dass Europa, in dem atlantische Gemeinschaft und Warschauer Pakt sozusagen in «Tuchfühlung» stehen, noch immer den Schwerpunkt in der Ost-West-Auseinandersetzung bildet. Ausser-

Rolf Geyer wurde 1910 in Plauen geboren. Er war von 1929 bis 1945 Berufssoldat, zuletzt als Oberst im Generalstab. Dann arbeitete er bis 1959 in der Wirtschaft und ist seither als Spezialist für Aussenpolitik und Psychopolitik publizistisch in München tätig.

dem verdient im Augenblick die Frage eines «europäischen Sicherheitssystems» unsere besondere Aufmerksamkeit. Allein die Forderung nach diesem System hat die beiden weiteren, nunmehr zu definierenden Begriffe: Entspannung (Détente) und Neutralismus erheblich aktualisiert.

Entspannung (Détente)

Der Begriff der Détente (Entspannung) taucht seit dem Abschluss der Kuba-Krise im Oktober 1962 in der «politischen Philosophie» der USA und ihrer Partner häufig auf. Mit ihm bezeichnet man sowohl den von der Kuba-Krise bis zum 21. August 1968 andauernden Zustand der Ost-West-Beziehungen wie auch die Politik, die zu diesem Zustand geführt hatte, und von der man erwartete, dass sie zu einem weiteren Abbau der vorhandenen Spannungen führen könne. Auf Grund der Definition, die dem Begriff Détente gegeben wird, erscheint die kommunistische Politik der friedlichen Koexistenz vielfach als ein inhaltlich ähnliches Gegenstück. Ihre zunächst lautstarke Betonung wurde allerdings seit Chruschtschews Sturz zugunsten einer stärkeren Betonung des Sicherheitsdenkens nach innen und aussen (Bukarest 1966, Karlsbad 1967, Budapest 1969, Moskau 1969) abgeschwächt.

Das französische Wort Détente (von *détendre* = abspannen, nachlassen) bedeutet zunächst einmal: der Drücker, der Abzugsgriff eines Gewehres. Sinnbildlich wird es in den Lexika mit Nachlassen der Spannung übersetzt.

Im Deutschen bedeutet «Entspannung» in der Logik der Geschehenabfolge primär einen Vorgang, und zwar eine Tätigkeit: Spannung beseitigen, das Entspannen, sekundär den Zustand, der durch diese Tätigkeit erreicht werden soll: Entspannungheit.

Auf das Gebiet der Politik übertragen, bieten sich für Détente und Entspannung drei Definitionen an.

1. Definition:

Détente ist ein Zustand, der keine Konfliktstoffe in sich birgt. Sind Konfliktstoffe vorhanden, so gibt es keine Détente; es sei denn, die Konflikte würden aufgelöst und die Konfliktmöglichkeiten beseitigt.

Aus dieser Definition folgt die — von Henry Kissinger übernommene — Feststellung, dass Détente nicht der Inhalt politischen Handelns an sich ist. Sie ist das Ergebnis gelöster Probleme oder Konflikte.

2. Definition:

Détente oder Entspannung ist ein Verhalten, das auf das Austragen von Streitpunkten im jeweilig gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet, in der

Hoffnung, dass sich später Lösungsmöglichkeiten ergeben. Détente (Entspannung) ist in dieser Hinsicht ein Handlungsmoratorium und als solches Voraussetzung für eine spätere Entspannung. Eine Entspannung dieser Art setzt die Bereitschaft der Kontrahenten voraus, am gegenwärtigen Status quo nichts gewaltsam zu ändern.

3. Definition:

Détente (Entspannung) ist eine Aktion oder eine Reihe von Aktionen, die gegebene Konflikte mittelbar oder unmittelbar beseitigen will. Man hofft, dass eine solche auf Gegenseitigkeit beruhende Aktion zu einem langsamen Annähern kontroverser Standpunkte führen könne. (Auf englisch müsste man eine solche Aktion vielleicht «Policy of Disengagement» oder «Policy of De-escalation» nennen.)

Die auf Ausgleich zielende Gesamtpolitik des Westens strebt sicherlich Détente nach der Definition 1 an.

Das Ost-West-Verhältnis bis zum 21. August 1968 ähnelte in angelsächsischen Augen der Détente gemäss der Definition 2.

Die Ostpolitik der deutschen grossen Koalition trug die Züge einer Détente-Politik gemäss Definition 3.

Da «Spannungen» oder «Konflikte» bzw. ihr Nichtvorhandensein ein wesentliches Element aller drei Definitionen der Détente (Entspannung) darstellen, ist für eine Behandlung der Frage im Hinblick auf die Realität und die Verwirklichungsmöglichkeiten der Détente (Entspannung) zunächst die Vorfrage nach den bestehenden Konfliktstoffen im Ost-West-Verhältnis von entscheidender Bedeutung. Wir müssen hierbei generelle und partielle Konfliktstoffe behandeln. Wir werden gezwungen sein, im weiteren Verlauf alle drei Varianten der Definition zu gebrauchen.

Neutralismus

Um den Begriff «Neutralismus» in den Griff zu bekommen, müssen wir zunächst den Begriff «Neutralität» festlegen.

Unter Neutralität wird der kraft Souveränität gewollte Zustand eines Staates verstanden, der an einem Krieg nicht teilnimmt. Kennzeichnend für die «Neutralität» eines Staates sind daher folgende Merkmale der politischen Situation:

- ein bestehender Kriegszustand als Voraussetzung in der politischen Gesamtlage,
- das Vorhandensein von Souveränität zur Entscheidungsfreiheit,
- Nichtbeteiligung und Unparteilichkeit in bezug auf die Kriegführung.

Diese Nichtbeteiligung involviert nach dem Völkerrecht nicht den Verzicht auf eine geistige und politische Stellungnahme, ebenso nicht den Verzicht auf Fortsetzung der friedlichen Beziehungen zu den Kriegführenden (Handel).

Der kommunistische Begriff der Neutralität wird durch die axiomatische Forderung nach «Parteilichkeit» beeinflusst. Auch die Bewertung der Kriege als gerechte oder ungerechte Kriege spielt eine Rolle. Die Neutralität wird positiv beurteilt und geduldet, solange sie dem sozialistischen La-

ger nützt (Schwächung des Gegners, Schutz für eigenes Gebiet, eigenes Beiseitestehen im Kampf der Kapitalisten untereinander).

Die kommunistische Auffassung erwartet im Grundsatz eine geistige Einstellung, die positiv gegenüber dem sozialistischen, negativ gegenüber dem nichtsozialistischen Lager ist. Neutralität ist im Verständnis des Kommunismus nur ausserhalb des eigenen Machtbereiches möglich (Breschnew-Doktrin).

Neutralismus definieren wir wie folgt: Neutralismus ist sowohl eine Haltung als auch die hieraus resultierende Politik, die bestrebt ist, einen Staat oder eine Staatengruppe aus einer oder mehreren gegebenen Konfliktsituationen mit dem Ziel der Neutralisierung und schliesslich der Neutralität in eben diesem Konflikt herauszuhalten oder aus ihm herauszuführen.

Hier soll Neutralismus lediglich in bezug auf die Ost-West-Konfrontation untersucht werden.

Aus dem Neutralismus als Haltung leiten wir sodann den Begriff der «neutralistischen Tendenzen» ab:

Diese sind politische Strömungen und Ueberlegungen, deren Praktizierung in bezug auf eine gegebene Situation, hier die Ost-West-Konfrontation, zu einer Distanzierung, wenn nicht im Endeffekt zur Neutralisierung und damit zur Neutralität führen könnte. Hierbei ist wiederum zwischen — unmittelbar zielgerichteten Tendenzen und — mittelbaren Tendenzen, welche zunächst überhaupt nicht auf Neutralität abzielen, aber schliesslich neutralisierende Wirkungen haben, zu unterscheiden.

Hinweise zum politischen Handeln

«Politik» ist die «staatliche» oder auf den Staat ausgerichtete Aktion, somit auch das die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflussende Handeln (Aussenpolitik), das bestimmte Zwecke

verwirklichen oder bestimmte Ziele erreichen will. Verallgemeinernd ausgedrückt ist Zweck und Ziel aller Politik die Errichtung und Bewahrung einer Dauerordnung, die das grösste Glück der grössten Zahl aller Betroffenen verbürgt und die — das liegt im Wesen der Dauerordnung — einen Wandel (zum Schlechteren) ausschliessen soll.

Ueber den inneren Zustand einer solchen Dauerordnung und die Beschaffenheit ihrer zahlreichen «Unterzwecke», von der Machterhaltung der Führungsgruppen bis hin zur Wohlfahrt des Einzelnen, braucht in unserem Zusammenhang nichts ausgesagt zu werden.

Hingegen ist die Feststellung wichtig, dass der von uns formulierte Satz für jedes politische System, also sowohl für die demokratisch-pluralistische Gesellschaft wie auch für die totalitäre, kommunistisch organisierte Gesellschaft gilt. Beide streben in der letzten Konsequenz «Dauerordnungen» an. Es ist evident, dass eine Ordnung nur dann «andauern» kann, wenn sie frei von Konflikten oder von Konfliktstoffen ist, wenn also im zwischenstaatlichen Bereich «Entspannung» (Détente) im Sinne unserer ersten Definition herrscht.

Hieraus leitet sich ab:

I. Feststellung

Die Verwirklichung einer Dauerordnung ist letztes, wenn auch niemals erreichbares Ziel sowohl der «westlichen» als auch der kommunistisch orientierten Politik. Infolgedessen wird Entspannung (Détente) zumindest als «Zustand» (gemäss Definition 1) ideell von beiden Seiten bejaht. In dieser Hinsicht ist daher Entspannung zwar (noch) nicht Realität, aber auch nicht Illusion. Sie ist als Möglichkeit denkbar.

Nun sagt ein allgemeiner Satz sowohl alles als auch nichts aus. Es ergibt sich in der Konsequenz

dieser Feststellung die Folgefrage, ob die Entspannung verwirklicht werden kann, d. h. ob die Denkmöglichkeit «Realität» werden kann.

Man kann die demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnungen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als «Wettbewerbsgesellschaften» bezeichnen, in denen zahlreiche gleichberechtigte, gesellschaftlich-politische Gruppen miteinander konkurrieren. Insofern befindet sich die einzelne pluralistische Gesellschaft und mit ihr die Gesamtheit der Gesellschaftskörper in einem permanenten «Wandelzustand». Ihm ist sowohl die Vielfalt der Anschauungen, der Verhaltensweisen und Einstellungen wesenseigen, zugleich ist in ihm aber auch der erstrebte, wenn auch niemals erreichbare Idealzustand bereits hier und heute veranlagt.

Wesenseigen ist der demokratischen Gesellschaft aber auch, dass diese sich trotz des Wettbewerbs der politischen Gruppen untereinander nicht prinzipiell in Frage stellen (marxistisch: sich nicht selbst aufheben) will. Sie ist daher in bezug auf ihren Inhalt evolutionär dynamisch, zugleich aber auch im Hinblick auf ihre Organisationsform «statisch» veranlagt. Drittens aber ist die demokratisch-pluralistische Gesellschaft infolge des Wesenselementes der Vielfalt und der Konkurrenz auf den immerwährenden Interessenausgleich, auf die Konfliktlösung mit Hilfe der Annäherung, der Anpassung, bis hin auf den Kompromiss (Synthese) angewiesen.

Infolgedessen können wir formulieren:

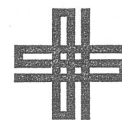
II. Feststellung

Das Streben nach Entspannung ist der demokratisch-pluralistischen Gesellschaft, damit aber auch den in der atlantischen Gemeinschaft vereinigten Völkern und Staaten wesenseigen.

Wir können hinzufügen und berufen uns hierzu sinngemäss auf Jacob Burckhardt, dass diese Ge-

WEIHNACHTEN

Wir liefern
jedes Buch
festlich
verpackt



Buchhandlung SOI

Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6, Telefon (031) 43 12 12

1 Buch 10 Bücher 100 Bücher noch mehr Bücher

Wir besorgen sie alle, und Sie werden staunen wie rasch.

Buchhandlung SOI, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6
Telephon (031) 431212

sellschaft nur in der Reaktion auf die Bedrohung ihrer Existenz das Streben nach Entspannung zeitweilig aufgeben wird.

Als konkrete psychologische Folgerung ergibt sich, dass

- das Streben nach Entspannung (im Sinne der Definition 1) eine Realität ist, mit der gerechnet werden muss und dass daher
- jede Entspannungspolitik (gemäss Definition 2 und 3) ohne Rücksicht auf ihre Erfolgsaussichten in unseren Völkern sympathisch begrüsst wird.

Die kommunistische Weltanschauung verneint im Gegenatz zur unsrigen auch heute noch kategorisch, dass die angestrebte ideelle Endgesellschaft bereits in der heute existierenden Form gesellschaftlichen Miteinanders qualitativ angelegt sei und dass sie sich evolutionär und ohne Konflikte aus dieser heraus entwickeln könne. Die Lehre von der Dialektik der antagonistischen Widersprüche von Gesellschaften, die sich gegenseitig ausschliessen, sowie von der Vernichtung der einen These durch die andere, damit aber auch von der Unaufhebbarkeit der ideologisch bedingten Konflikte, gelten unverändert. Gewandelt haben sich lediglich die Vorstellungen, wie sich die gesetzmässig bedingten quantitativen Wandlungen bis zum revolutionären, die Seinsqualität der Gesellschaft verändernden Sprung vollziehen könnten. In Kompromissen denken, oder gar diese Kompromisse als höchsterreichbare Form politischen Handelns ansehen, liegt dieser Anschauung fern. Hieraus folgt, dass eine immerwährende Dauerordnung erst nach Verwirklichung der Endgesellschaft erreicht werden wird, und dass mithin in der Gegenwart jeder «Zustand» nur von begrenzter Dauer sein kann. Ueberspitzt kann festgestellt werden:

III. Feststellung

Nach kommunistischer Anschauung ist vor der Verwirklichung der kommunistischen Weltgesell-

schaft jede existierende Ordnung nur von begrenzter Dauer. Die Konfliktsituation zwischen beiden Gesellschaftsordnungen ist bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus unauflösbar. Détente als Zustand kann daher zwar zeitweise taktisch erwünscht und notwendig, aber doch nur von bedingter Dauer sein.

Das Ost-West-Verhältnis im Sommer 1969

Beide Seiten sind — spätestens seit der Kuba-Krise im Oktober 1963 — davon überzeugt, dass ein mit vollem Einsatz durchgeführter Krieg mit der beiderseitigen Vernichtung enden würde. Diese Erkenntnis wirkt spannungsmildernd, solange das Gleichgewicht des Kernwaffenpotentials erhalten bleibt. Es ergibt sich das Paradoxon, dass eine etwaige Zerstörung des Kernwaffenpotentials spannungserhöhend wirken würde, da dann die anfängliche militärische Ueberlegenheit der kommunistischen Staatenwelt an operativen Verbänden der Landstreitkräfte das bisherige militärische Gleichgewicht zugunsten des «Ostens» verändern würde (etwa 25 Divisionen der NATO gegen 170 sofort verfügbare Divisionen des Warschauer Paktes). Hieraus ergibt sich weiter:

IV. Feststellung

Abrüstungsvereinbarungen, die das beiderseitige Kernwaffenpotential beseitigen, werden die Konfliktmöglichkeiten vergrössern, es sei denn

- der Westen rüstet konventionell auf oder
- der Warschauer Pakt kann zu einem qualifizierten einseitigen Abbau seiner konventionellen Streitkräfte bewegt werden (etwa bis zum Verhältnis 1 (NATO) zu 4 (Warschauer Pakt)).

Eine auf Détente ausgerichtete Politik des Westens muss daher auf die Erhaltung bzw. sogar Verstärkung der eigenen militärischen konventionellen Machtmittel bedacht sein (Risikogedanke)! Auf dem politischen Feld hat die atlantische Allianz die Politik des «Containment» auf-

gegeben und damit ein generelles Spannungselement beseitigt. Sie muss eine weitere Erosion des Bündnisses befürchten, da

- die USA verständlicherweise an einem Abbau ihrer globalen Verpflichtungen interessiert, hierdurch
- die europäischen Verbündeten ebenfalls zu Alleingängen in der Ostpolitik ermutigt wurden (Frankreich!), ferner
- gewisse Anzeichen einer divergierenden Entwicklung im Sowjetblock weit überschätzt und damit
- die Möglichkeiten einer harten Politik der SU unterschätzt wurden.

Die abschreckende Wirkung der Intervention in der CSSR konnte diese Entwicklung im atlantischen Lager nur zeitweise aufhalten. Sie wird angesichts der derzeitigen aussenpolitischen Goodwill-Offensive der Sowjets wieder aufleben und dem Warschauer Pakt die Möglichkeit geben, die westlichen Staaten gegeneinander auszuspielen (Beispiel: BRD als Hebel sowie als Ziel sowjetischer Politik).

Hieraus ergibt sich ohne weitere Beweisführung:

V. Feststellung

Politische Geschlossenheit der Atlantischen Allianz ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Politik der Entspannung. Die Erosion des Bündnisses würde auf lange Sicht zu Versuchen des «Ostens» führen, den Status quo zu überwinden und damit jede Entspannung unmöglich machen.

Die Lage ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass die Zweigleisigkeit kommunistischer Politik gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in aller Deutlichkeit vor Augen tritt.

Auf der einen Seite haben wir als Ergebnis der Moskauer Konferenz (5.—17.6.1969) der kommunistischen Parteien das Grundsatzdokument vor uns liegen, das den Titel «Die Aufgaben des

Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte» trägt und dessen Inhalt äusserst aggressiv ist.

Andererseits scheint sich — erwartungsgemäss — die Wiederaufnahme der Koexistenzpolitik der Staaten des Warschauer Paktes anzudeuten. Sie findet ihren diplomatisch-propagandistischen Ausdruck in dem Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz (Budapester Aufruf vom 19. März 1969, Friedensappell von Moskau).

Das Moskauer Dokument wurde in der westlichen Presse hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Divergenzen im Weltkommunismus sowie der Abschwächung der sogenannten «Breschnew-Doktrin» durchleuchtet. Die massive Kampfansage gegen unsere gesellschaftliche Ordnung sowie die Kommentierung der Konferenzergebnisse auf der Zentralkomiteesitzung der KPdSU am 26. Juni 1969, die für die von Moskau beabsichtigte Führung zumindest der Warschauer-Pakt-Staaten allein massgeblich ist, wurde dagegen weitgehend übersehen.

Die Offerte einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz steht zu dieser Kampfansage nur in scheinbarem Widerspruch. Formal sind die Träger der jeweiligen Politik in einem Fall die kommunistischen Parteien, im anderen die kommunistisch regierten Staaten. Ausserdem ist die Détente-Offerte in Gestalt der Sicherheitskonferenz geradezu die Voraussetzung dafür, dass die nichtregierenden kommunistischen Parteien mit einiger Aussicht auf Erfolg ihre Versuche wieder aufnehmen können, zu volksfrontähnlichen Zusammenschlüssen zu gelangen. Nicht die gewaltsame Revolution, sondern die Zusammenfassung aller «progressiven» Kräfte wird in der gegenwärtigen Lage angestrebt, da die «revolutionäre Situation» nicht gegeben ist.

«Die soziale und politische Lage in der heutigen Welt ermöglicht es, den antiimperialistischen Kampf auf eine neue Ebene anzuheben. Entschiedene Ueberlegenheit über den Imperialismus und die Niederlage seiner Aggressions- und Kriegspolitik können durch Intensivierung der Offensive gegen sie sichergestellt werden. Das erfordert unerbittliche konkrete, praktische Schritte und Massnahmen auf allen Kontinenten, um den demokratischen und fortschrittlichen Kräften, allen Kräften, die eine positive Lösung wünschen, im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker den wichtigsten Problemen der heutigen Menschheit eine klare Perspektive zu geben.

Die auf der Konferenz vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich der historischen Verantwortung bewusst sind, schlagen allen Kommunisten der Welt, allen Gegnern des Imperialismus, allen, die bereit sind, für Frieden, Freiheit und Fortschritt zu kämpfen, vor, gemeinsam zu handeln.» (Einleitung zu Abschnitt 3 des Grundsatzdokumentes der Moskauer Konferenz.)

Im weiteren Verlauf des dritten Abschnittes dieses Dokumentes werden im übrigen alle mit der Sicherheitskonferenz angestrebten Ziele der kommunistischen Staaten aufgeführt. Sie sollen durch die Anstrengungen der vereinigten, progressiven Kräfte in aller Welt vorbereitet werden. Es ist jedoch nicht Aufgabe dieses Papiers, Einzelheiten des Grundsatzdokumentes zu untersuchen. In unserem allgemeinen Ueberblick genügt folgendes:

VI. Feststellung

Das Angebot einer europäischen Sicherheitskonferenz seitens der Staaten des Warschauer Paktes scheint für sich selbst genommen die Bereitschaft zu einer Détente-Politik anzuzeigen. Sieht man dieses Angebot jedoch im Gesamtzusammenhang der auf lange Sicht angelegten und im Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz niedergeschriebenen kommunistischen Absichten, so wird der ambivalente Charakter dieses Angebotes deutlich. Auch die vorgeschlagene Sicherheitskonferenz bzw. ein aus dieser hervorgehendes Sicherheitssystem erscheint dann als ein Mittel zur Ueberwindung des Status quo:

«Die Versuche des Imperialismus, seine inneren Widersprüche durch Erzeugung internationaler Spannungen und Schaffung von Brutstätten des Krieges zu überwinden, werden durch die Politik friedlicher Koexistenz vereitelt. Die Politik bedeutet weder eine Erhaltung des sozialpolitischen Status quo noch eine Schwächung des ideologischen Kampfes.

Sie trägt zur Förderung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus auf nationaler und weltweiter Ebene bei. Entschlossener Klassenkampf zur Beseitigung der Monopole und ihrer Herrschaft, für die Errichtung eines echt demokratischen Systems, für die Gründung sozialistischer Macht, gleichgültig auf welchem Weg dieses Ziel erreicht wird, ist unverbrüchliches Recht und Pflicht der Werktätigen der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern ...

Massenaktion gegen den Imperialismus ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Politik friedlicher Koexistenz. Gerichtet gegen die Kriegstreiber, Reaktionäre und Rüstungsmonopole, entspricht diese Politik den Interessen des revolutionären Kampfes gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung und fördert die Freundschaft zwischen allen Völkern und die Entwicklung fruchtbringender wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technischer und anderer Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen im Interesse des sozialen Fortschrittes.» (Grundsatzdokument, Teil III.)

Nimmt man das kommunistische Grundsatzdokument ernst — so sind Zweifel darüber berechtigt, ob die europäische Sicherheitskonferenz zu einer Détente beitragen kann. Die Behauptungen, dass Moskau auf eine Entspannung im «Westen» angewiesen sei, um bei einer Auseinandersetzung mit China den Rücken frei zu haben, können bis jetzt nicht bewiesen werden. Es scheint sinnvoller, sich darauf einzustellen, dass diese Notwendigkeit angesichts der Situation im Westen nicht oder noch nicht besteht.

Angesichts der skizzierten Gesamtsituation können wir einige generelle sowie einige (regionalbedingte) partielle Konfliktmöglichkeiten oder Spannungselemente herausdestillieren, die keiner näheren Erläuterung bedürfen.

Generelle Spannungselemente

- Die unveränderte Gültigkeit der kommunistischen Ideologie als «Anleitung zum Handeln». (Siehe hierzu das Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz).
- Der amerikanisch-sowjetische globale Gegensatz als Folge des sowjetischen Imperialismus.

Beide Spannungselemente sind auf lange Sicht auch dann nicht zu beseitigen, wenn es zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu

Absprachen auf Teilgebieten — z. B. SALT — kommen könnte.

Partielle Spannungselemente

- Die Tätigkeit der nichtregierenden kommunistischen Parteien (insbesondere in Frankreich und Italien).
- Die Deutschlandfrage.
- Die Berlinfrage.

Auch diese Spannungselemente sind trotz allen guten Willens bis auf weiteres nicht aufzuheben. Die Grenze für eine europäische Détente-Politik, die bei dieser Sachlage gegeben ist, zeigt der Dozent für politische Wissenschaften an der Londoner School of Economics, Philip Windsor, in einem interessanten Artikel in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift «The World today» (deutsch im Europa-Archiv Nr. 111969 vom 10.6.1969). Sowohl Warschauer Pakt wie NATO wurden nach Windsor durch die Détente-Politik bis zum 21. August 1968 im Inneren verunsichert. Hierbei lag der Nachteil bis zu diesem Zeitpunkt eindeutig auf kommunistischer Seite, da sich Moskau dem mit dieser Politik wachsenden Streben nach Selbständigkeit seiner Satelliten erwehren musste. Der 21. August 1968 markiert den Wendepunkt. Das Hinterland Moskaus ist nach Meinung Windsors nun im Gegensatz zum Westen in Ordnung. Jede Détente-Politik würde nunmehr im Westen — auch im Hinblick auf die Arbeit der kommunistischen Parteien — zu einer weiteren Erosion beitragen, während diese Gefahr für das Herrschaftsgebiet des Warschauer Paktes zunächst ausgeschaltet sei.

Für den inneren Zusammenhalt der beiden Systeme sei nach diesen Erfahrungen äussere Spannung oder straffe Führung notwendig. Aus diesen Tatsachen ergäbe sich für den Westen ein Dilemma. Während im Verhältnis USA-SU durchaus weitere Vereinbarungen im Sinne einer Détente zwischen diesen beiden Staaten angestrebt werden können, arbeitet nunmehr in Europa die Zeit für die SU. Verweigerung der Détente wie auch Gewährung seitens Westeuropas würden für die osteuropäischen Staaten die unerträgliche Situation belassen, wie sie durch die Breschnew-Doktrin skizziert wurde. Westeuropa hingegen habe seine innere Geschlossenheit nicht wieder gefunden. Die Interessen Westeuropas bleiben daher ernstlich gefährdet, vor allem wenn es zu einer Détente zwischen den USA und der SU kommen würde. Auf diese Situation ziele das erneute Angebot der Sicherheitskonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkt seitens des Warschauer Paktes.

Windsor zieht aus seiner skeptischen Analyse kaum Schlussfolgerungen für das «Was tun?». Trotz der berechtigten Bedenken Windsors muss jedoch der Versuch unternommen werden, die Aufforderung des Warschauer Paktes auszuloten. Es ist durchaus eine offene Frage, wie lange es der Sowjetunion gelingt, ihre Satelliten im «Gleichschritt» zu halten.

Tschechische Intellektuelle rechnen mit einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Dann sei die Sowjetunion erneut vor die gleichen Probleme gestellt wie vor dem 21. August 1968. Diesen Zeitraum gilt es abzukürzen.

Unsere öffentliche Meinung würde eine von vornherein ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Konferenzvorschlag nicht verstehen. Die Volksfrontbemühungen der nichtregierenden kommunistischen Parteien würden erleichtert —



Zwischen sozialistischen Staaten herrscht nicht bloss «friedliche Koexistenz», sondern brüderliche Zusammenarbeit. Auf diesem Bild von «Sowjetunion heute» sind zu sehen: «Soldaten des Grenzschutzes von der Grenzwahe Nischne-Nicholowka, die ihr Leben bei der Verteidigung der sowjetischen Staatsgrenze gegen die chinesischen Provokateure hingegeben haben.» Der Lüge der brüderlichen Zusammenarbeit entspricht die Lüge der friedlichen Koexistenz.

auch von hier aus gehen Zwänge aus, das Angebot aufzugreifen und zu prüfen.

Die bisherige Politik des Westens setzte offiziell Détente gleich Bewahrung des politischen, militärischen und geographischen Status quo. Wir zeigten im Zitat weiter oben, dass im Gegensatz hierzu Koexistenzpolitik gleich Détente-Politik im kommunistischen Sinn als Möglichkeit der Ueberwindung des sozialpolitischen und ideologischen Status quo des Westens angesehen wird. Aehnliche Ueberlegungen — nur in umgekehrter Richtung — stellen «westliche» Theoretiker, wie Kennan, Rostow und Brzeszinski, ebenfalls an. «Liberalisierung» im Sowjetblock — wie immer man diese verstehen mag — ist sozialpolitische Ueberwindung des dortigen Status quo. Sie verlangt auch nach dem 21. August 1968 Oeffnung der Grenzen, Erweiterung der Kontakte, Abbau wenigstens der äusseren Spannungserscheinungen, wenn auch die tiefer liegenden Spannungselemente unverändert weiter existieren werden. Dies führt zur nächsten Feststellung.

VII. Feststellung

Die Détente-Politik hat zwar im Augenblick wenig Chancen, zu konkreten Ergebnissen zu führen. Insofern bleibt Détente als Zustand «wishful thinking».

Ihre Fortführung ist sowohl angesichts der öffentlichen Meinung in unseren Ländern, aber auch angesichts der Situation der Völker des Warschauer Paktes nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig.

Diese Feststellung wird durch die Erkenntnis nicht entwertet, dass ein europäisches Sicherheits-

system voraussichtlich bis auf weiteres deshalb nicht zustandekommen wird, weil es nach kommunistischer Ansicht den Rückzug der USA aus Europa beinhalten müsste:

«Die Interessen des Weltfriedens verlangen eine Auflösung aller Milit rblocks. Wie zuvor, sind die kommunistischen Arbeiterparteien der Meinung, dass das Vorhandensein von Milit rbl cken und militärischen Stützpunkten auf dem Gebiet anderer Staaten auf Grund imperialistischen Drucks ein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen Ländern ist. Eine echte Garantie der Sicherheit und eine der Voraussetzungen für den Fortschritt eines jeden europäischen Landes muss die Errichtung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa sein, das auf dem Verhältnis der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung aller Staaten des Kontinentes, auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Völker beruht.

Unter diesen Gesichtspunkten haben sich die sozialistischen Länder bereits für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages ausgesprochen.

Mit besonderem Nachdruck verurteilt die Beratung die provozierenden Versuche der imperialistischen M chte, insbesondere der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Grossbritanniens, die NATO-Aktivität anzuheizen. Die Auflösung der NATO wird ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Auflösung aller Blocks, zur Räumung aller Stützpunkte auf fremdem Boden und zur Errichtung eines zuverlässigen Systems kollektiver Sicherheit sein.» (Aus dem Moskauer Grundsatzdokumente, Abschnitt 3.)

Auf diese Forderungen werden weder die USA noch die europäischen Länder im Interesse ihrer Sicherheit eingehen.

Die Frage nach dem Neutralisierungseffekt eines solchen Systems ist daher unter den gegebenen Umständen lediglich theoretischer Natur. Das System würde sicherlich zunächst Europa militärisch neutralisieren, die westeuropäischen Staaten auf ihre Innenpolitik verweisen, gleichzeitig aber auch die westeuropäische Integration zusätzlich behindern. Das Schwergewicht der weltpolitischen Auseinandersetzungen würde vorübergehend in andere Räume verlagert werden, womit wiederum die USA zusätzlich belastet werden würden. Es ist kaum anzunehmen, dass ein Europa, in dem nichtkommunistische und kommunistische Staaten zu einem «System» vereinigt sind, über die Vertretung eigener wirtschaftlicher Interessen hinaus den USA Hilfe leisten würde. Die Möglichkeit einer Neutralisierung und der daraus folgenden Neutralität Gesamteuropas im Rahmen der globalen Auseinandersetzungen kann daher zurzeit verneint werden. Dies schliesst die Frage nach der Neutralität einzelner Länder in Europa nicht aus.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind im nichtkommunistischen Europa zwei Staaten b ndnisfrei (Irland und Schweden), zwei Staaten sind zu immerwährender Neutralität verpflichtet (Schweiz seit 1815, Oesterreich seit 1955). Alle vier Staaten sind in kommunistischer Sicht «kapitalistische» Staaten, also ideologische Gegner. Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der vier Staatsv lker. Der Status dreier dieser Staaten im Zweiten Weltkrieg entsprach den Begriffsmerkmalen der Neutralität: Souveränität und Entscheidungsfreiheit waren vorhanden. Die Nichtbeteiligung und Unparteilichkeit in bezug auf die Kriegführung wurde innegehalten.

Die Schweiz und Schweden zahlten und zahlen schon im Frieden einen hohen Preis, um ihren Willen zur Neutralität zu beweisen: eine starke R stung. Trotzdem sah sich Schweden im Ablauf des Zweiten Weltkrieges gezwungen, zunächst dem Deutschen Reich, dann unmittelbar nach der Kapitulation der Sowjetunion Zugeständnisse zu machen, die mit «Neutralität» im strengen Sinne nicht zu vereinbaren waren (Genehmigung militärischer Transporte, Auslieferung internierter Soldaten).

Die Schweiz wiederum entging einem Angriff durch Hitler nur deshalb, weil der erforderliche Kräfteinsatz selbst für diesen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Zwecke — Einverleibung der Schweiz in den eigenen unmittelbaren Machtbereich — stand. Auf die Verletzung der Neutralität Belgiens (1914 und 1940) sowie Hollands (1940) im Interesse der als lebenswichtig angesehenen strategischen Planungen sei in diesem Zusammenhang ebenfalls erinnert.

Diese historischen Tatsachen vermitteln eine allgemeine Erfahrung:

VIII. Feststellung

Neutralität im Kriegsfall bedarf der Absicherung durch so starke militärische Macht, dass das Risiko für den potentiellen Angreifer zu gross wird. Ueber ein militärisches Potential der hierfür erforderlichen Gr sse verfügt keine europäische Macht — auch nicht Grossbritannien und Frankreich.

Die Erhaltung der Neutralität bleibt damit vom Wohlwollen der Supermächte bzw. von ihrem Interesse an dieser Neutralität abhängig. Hieraus folgt wiederum, dass

- Neutralität im Kriegsfall für die meisten europäischen Staaten voraussichtlich eine Utopie bleiben wird
- eine auf Neutralisierung ausgerichtete Politik illusionär und gefährlich ist, weil sie in die Isolierung führt und dass
- die zurzeit bündnisfreien bzw. neutralen Staaten insbesondere dann gefährdet sind, wenn sie geopolitisch oder militärisch wichtige Gebiete kontrollieren.

(Dies gilt insbesondere für Schweden [Ostseeanlieger] und Oesterreich [Sperrung der Verbindungswege zwischen Deutschland und Italien].) Erweist sich also die Möglichkeit zur Neutralisierung Gesamteuropas zurzeit als nicht realisierbar, sowie die Neutralität einzelner europäischer Staaten in einem globalen militärischen Konflikt voraussichtlich als Illusion, so folgt hieraus, dass alle etwaigen Wünsche nach Neutralisierung als «wishful thinking» abzutun sind. In der Tat verfolgt auch keine westliche Regierung derartige Absichten.

Da aber der Wunsch nach «Frieden» oder zumindest nach Entspannung (gemäss Definition 1) verständlich ist und nicht nur rationales, sondern in hohem Masse auch emotionales Anliegen der Mehrzahl aller Menschen ist, wird die Proklamation politischer Ziele, die dem oberflächlichen Anschein nach die Entspannung, wenn vielleicht auch nur regional, fördern könnten, Sympathien und Hoffnungen erwecken, man könne für seinen Teil der Ost-West-Konfrontation entgehen. In diesen Sachbereich fallen z. B. pseudopolitische Parolen wie «Die Ostsee — ein Friedensmeer» und aus diesen Sehnsüchten erklärt sich auch die nahezu euphorische Resonanz, die der Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz gefunden hat, obwohl doch sowohl das Verhalten der Sowjetunion im Fall der Tschechoslowakei wie die offenerherzigen sowjetischen Erklärungen (Breschnew-Doktrin) sowie schliesslich auch die Beklommenheit, mit der der rumänische Balanceakt beobachtet wird, dem gesunden Menschenverstand zeigen müssten, was von der Sowjetunion dann zu erwarten wäre, wenn das bereits existierende Sicherheitssystem der NATO zerfallen würde. Wir könnten ohne Mühe noch zahlreiche teils aussenpolitische, teils innenpolitische Zielsetzungen aufführen und auf psychopolitische Grundeinstellungen, wie z. B. die anti-deutschen Gefühle, die Europamüdigkeit usw. hinweisen, die neutralistische Tendenzen in unseren Völkern auslösen könnten.

Diese Tendenzen haben, so verschiedenartig sie auch motiviert werden, zumeist einige gemeinsame Züge:

- ihre Träger sehen vornehmlich die Gefahr einer kriegerischen Katastrophe und glauben, dass schon eine militärische Neutralisierung oder wenigstens eine partielle Abrüstung die Katastrophe verhindern bzw. die Entspannung vorantreiben könnten. Es wird jedoch nicht beachtet, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt gerade das vorhandene Zerstörungspotential die Spannungen zwischen Ost und West nicht zum Ausbruch kommen lässt, sowie dass diese Spannungen ideologisch-politische Ursachen haben, die durch Abrüstungsmassnahmen nicht beseitigt werden würden;

— die Zielvorstellungen dieser Tendenzen laufen — soweit sie dem Vokabular des «Ostens» entstammen, auf eine Schwächung, wenn nicht Aufhebung der Atlantischen Allianz, sowie der bis jetzt erreichten Integration Westeuropas hinaus. Dies gilt mittelbar allerdings auch für einige im Westen feststellbare Tendenzen (z. B. alle mit dem Problem der Truppenabzüge zusammenhängenden Fragen). Die auf sich selbst gestellten westeuropäischen Staaten sähen sich in diesem Fall einer Staatenwelt gegenüber, die durch ein Netz zweiseitiger, nicht aufgehobener Schutz- und Bündnisverträge miteinander verbunden wäre und deren Führungskader bei allen Divergenzen im einzelnen sowohl durch die kommunistische Ideologie, wie auch durch das Interesse an der Erhaltung der Macht aufeinander angewiesen sind.

— Die Tendenzen entspringen zum Teil vermeintlich nationalen, d. h. in bezug auf Gesamtwesteuropa partiellen Interessen. Dieser Sachverhalt wurde beispielsweise in der Politik de Gaulles besonders deutlich. Die nationale Bezogenheit mancher neutralistischer Tendenzen erklärt auch ihre psychopolitischen Wirkungen; sie sind einleuchtend. Die negativen Konsequenzen hingegen, die sich für die Dauer ergeben würden, sind nur schwer zu erkennen. Die neutralistische Politik Preussens zwischen 1800 und 1805 ist ein gutes historisches Beispiel. Sie führte bekanntlich zur Katastrophe von Jena und Auerstädt im Jahre 1806.

— Die Befürworter des Neutralismus entstammen im allgemeinen nicht den grossen Parteien unserer Staaten. Diese denken auch dann staatspolitisch verantwortlich, wenn sie in die Opposition verwiesen sind. Der Neutralismus wird hingegen sowohl in den rechtsextremen Gruppen (in Deutschland NPD) wie auch in allen Linksgruppierungen einschliesslich der kommunistischen Parteien befürwortet. Gerade in diesem Zusammenhang zeigt sich erneut, dass die Politik der kommunistischen Staaten mit derjenigen der nichtregierenden kommunistischen Parteien (sowie der kommunistischen Weltorganisationen) auch ohne das Vorhandensein internationaler Institutionen korrespondiert. (Siehe auch hierzu das Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz.)

Aus dem Gesagten kann gefolgert werden:

IX. Feststellung

Neutralisierung anstrebende Tendenzen, die auf Grund eingängiger Zielsetzungen emotionale Bereiche unserer Völker ansprechen können, sind ohne Zweifel vorstellbar. Ihre Virulenz sowie ihre etwaige Ausstrahlungskraft ist zurzeit kaum einzuschätzen. Der von einer möglichen Verwirklichung erhoffte Nutzeffekt für eine Détente ist nicht gegeben. Diese Gedanken bergen vielmehr die Gefahr in sich, die Sicherheit unserer Völker zu untergraben.

Wir deuteten dabei an, dass dem Streben nach Neutralität, also der Politik des Neutralismus wesentlich der Wunsch zugrunde liegt, aus einem Konflikt, der möglicherweise durch Gewaltanwendung gelöst werden wird, herauszubleiben. Auch das Streben nach Détente beinhaltet die Hoffnung, die Gefahr einer kriegerischen Entla-

dung werde geringer als vorher sein bzw. sie entschwinde.

Nun kann man aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aussagen, dass keine Seite im Ost-West-Konflikt infolge des Gleichgewichts des «Schreckens» vorsätzlich einen Entschcheidung suchenden, globalen Krieg auslösen wird. Ist der Krieg aber bei fortbestehenden Spannungen unwahrscheinlich geworden, dann erhält der auf den Krieg bezogene Begriff «Neutralität» einen neuen Inhalt, da der Bezugspunkt fehlt. Diese «Neutralität im Frieden» kann man lediglich als Vorstufe der Kriegsneutralität betrachten. Sie manifestiert sich völkerrechtlich in der «Bündnisfreiheit». Diese Bündnisfreiheit wird, wie wir feststellten, im nichtkommunistischen Europa von vier Staaten, im kommunistischen Lager von Jugoslawien praktiziert.

Aber beinhaltet die Bündnisfreiheit jener fünf Staaten nun auch die Neutralität ihrer Sympathien? Wir stellten einleitend fest, dass Neutralität nicht den Verzicht auf eine geistig-politische Stellungnahme involviert, sowie dass die kommunistische Auffassung, soweit sie «Neutralität» als Bündnisfreiheit anerkennt, die Parteilichkeit zugunsten des sozialistischen Weltsystems als selbstverständlich voraussetzt.

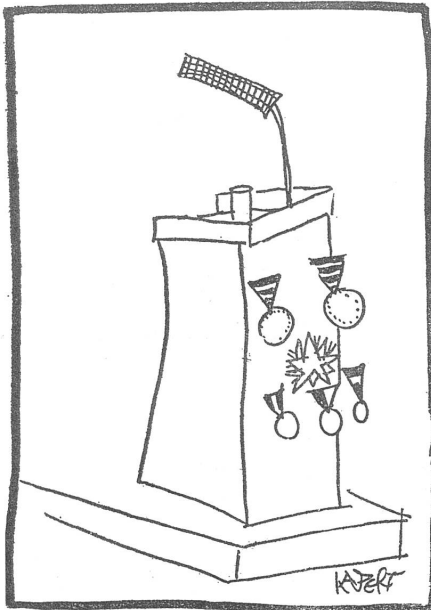
Dementsprechend sind die genannten fünf Staaten weltanschaulich nicht neutral. Sie haben sogar sehr eindeutig Stellung bezogen.

Sieht man ausserdem die Ost-West-Konfrontation nicht ausschliesslich unter dem Aspekt des politischen Machtkampfes an, sondern nimmt man die Kampfansage des Grundsatzdokuments der Moskauer Konferenz sowie die sowjetischen Kommentare hierzu ernst, dann kommt man zu der Schlussfolgerung, dass jetzt und heute in Europa zwar «Bündnisfreiheit», nicht aber «weltanschauliche Neutralität» vorhanden ist und auch nicht vorhanden sein kann.

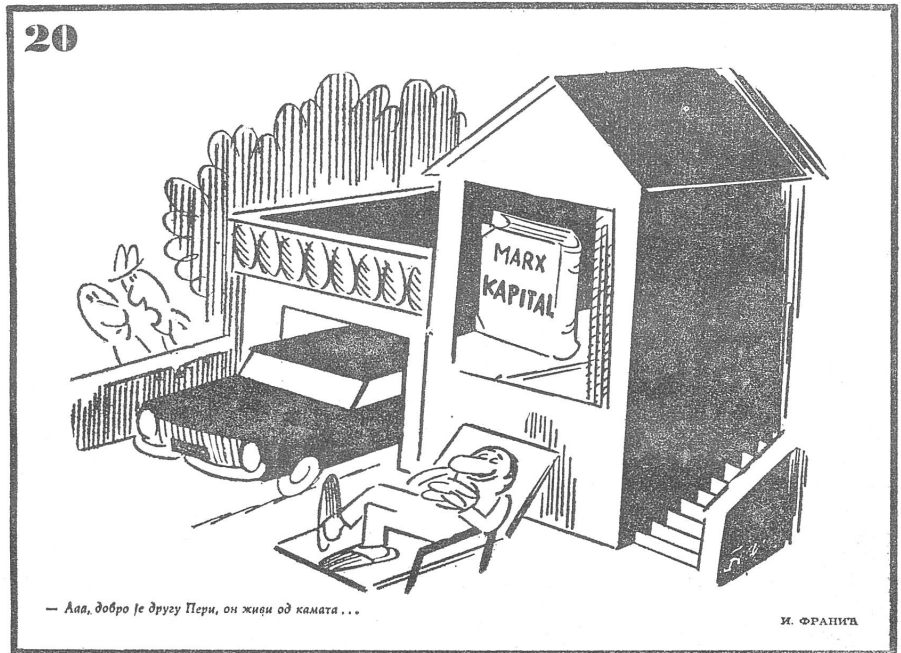
Aehnliches, nur mit anderen Akzenten, gilt auch für das so verständliche Streben nach Détente. Dies Bestreben kann ohne Zweifel zu einem Abbau militärischer Spannungselemente führen.

Das generelle Spannungselement der Kampfansage gegen unsere Gesellschaftsordnung und Weltanschauungsweise kann jedoch auch durch das Streben nach Détente bis auf weiteres nicht beseitigt werden. Wir können für die unmittelbare Zukunft bestenfalls ein durch zahlreiche Kontakte auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Kultur, der Diplomatie vielfältig verzahntes System des «Nebeneinanders», nicht aber des «Miteinanders» erhoffen, solange der Grundsatz, dass es auf ideologischem Gebiet keine Koexistenz gibt, gültig bleibt. An der Tatsache, dass der Osten Détente als Möglichkeit zur Ueberwindung des sozialen und ideologischen Status quo ansieht, woraus sich die Zweigleisigkeit und scheinbare Gegenläufigkeit der Politik der kommunistischen Parteien und Staaten logisch ableitet, ist nichts zu ändern. Wir müssen diese Tatsache anerkennen und unsererseits — so wie es z. B. Kissinger fordert — entsprechende Konsequenzen für unser Handeln ziehen. Im Gegensatz zu Professor Windsor bin ich der Ansicht, dass die Probleme Moskaus durch die Intervention in der CSSR nicht gelöst wurden. Infolgedessen kann eine Détente-Politik des «Westens», die als eine dynamische Politik verstanden und gehandhabt wird, wenn auch nicht sofort, so doch auf lange Sicht zu einer Transformation des kommunistischen Systems zum Besseren hin beitragen.

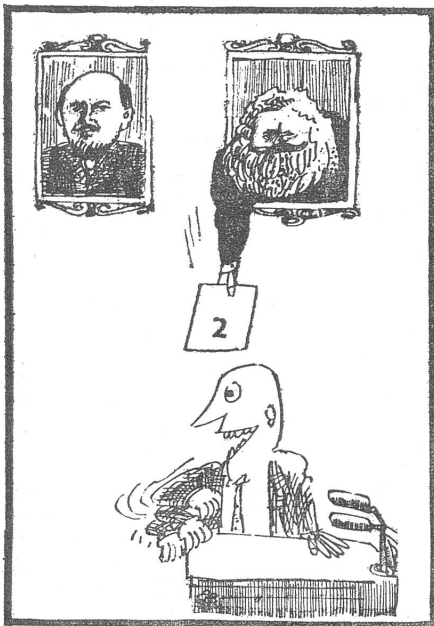
Marx & Söhne



Karikatur «Borba», Belgrad.



«Ja, der Genosse Petja hat es gut; er lebt von den Zinsen des Kapitals.» («Jesch», Belgrad)



«Marx und Lenin sind meine Lehrer», sagte der Funktionär. Aber sein Lehrer gibt ihm die schlechteste Note. («Jesch», Belgrad)



«Ich bin das Kind der Partei», sagt der Redner. Die Zuhörer kommentieren: «Die Partei wäre besser dran, wenn sie sich für solche Kinder mit Alimenterbezahlung begnügen könnte.» («Jesch», Belgrad)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreislste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.